

Protokoll

über die 131. Sitzung vom 17. Juni 2015

Beginn: 10:01 Uhr

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 131. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Anneke Graner und Herrn Abg. Peter Schneider erteilt.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich folgende Regierungsmitglieder: Frau Ministerin Öney und Herr Minister Stickelberger. Außerdem hat sich Frau Abg. Katrin Schütz aus dienstlichen Gründen entschuldigt. Sie ist bei einer Gremiumssitzung des Badischen Staatstheaters in Karlsruhe.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 10. Juni 2015 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Herausforderungen der Kreativwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 15/6981

Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst und federführend an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

2. Mitteilung der Landesregierung vom 9. Juni 2015 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik – Drucksache 15/6990

Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

3. Mitteilung der Landesregierung vom 16. Juni 2015 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Gesetz zur Umsetzung der Polizeistrukturereform (Polizeistrukturereformgesetz – PolRG) – Drucksache 15/6999

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, informiere ich Sie noch über einen bevorstehenden Wechsel im Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation, und zwar bei den von den Fraktionen zu entsendenden Vertretern nach § 41 Absatz 2 Satz 1 des Landesmedien-

gesetzes. Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 10. Juni 2015 mitgeteilt, dass die Vertreterin ihrer Fraktion, Frau Dr. Monika Stolz, zum 30. Juni 2015 aus dem Medienrat ausscheidet, da sie zum 1. Juli 2015 Mitglied des Rundfunkrats des Südwestrundfunks wird und nach § 44 Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit § 34 Absatz 4 Nummer 2 des Landesmediengesetzes eine Amterunvereinbarkeit besteht. Nach Mitteilung der CDU-Fraktion soll Herr Abg. Andreas Deuschle am 1. Juli 2015 als neuer Vertreter seiner Fraktion in den Medienrat der LFK nachrücken. – Sie nehmen von dieser Änderung Kenntnis.

Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Bezahlbarer Wohnraum für unsere Familien – die Regierungskoalition handelt – beantragt von der Fraktion der SPD

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich noch einmal auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute das Thema „Bezahlbarer Wohnraum für unsere Familien – die Regierungskoalition handelt“ aufgerufen. Grün-Rot handelt in Baden-Württemberg, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir haben in Baden-Württemberg und insbesondere in den großen Universitätsstädten des Landes ganz enorme Mietbelastungen. Ich habe hier die Zahlen: Die Mietbelastungsquote, Kalt- und Warmmiete zusammen, liegt in Freiburg bei 30 %, in Konstanz bei 27 % und in Stuttgart bei 25 %. Dies sind nur Durchschnittswerte. Es ist ganz anders, wenn man sich untere Einkommenschichten anschaut. Da weiß ich wiederum von Zahlen aus Freiburg, dass jeder zweite Euro in die Miete fließt. Das sind Situationen, die so nicht bleiben können.

(Johannes Stober)

Ich bin froh, dass die Große Koalition im Bund die Mietpreisbremse beschlossen hat. Sie trat zum 1. Juni 2015 in Kraft. Ich bin unserem Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid sehr dankbar, dass er bereits jetzt mit einem Vorstoß für eine Gebietskulisse für die Mietpreisbremse herausgegangen ist und wir nun eine Anhörung haben. Diese Gebietskulisse soll hoffentlich möglichst kurz nach der Sommerpause in Kraft treten. Dafür herzlichen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich bin zudem sehr froh, dass auch die Regelung zur Umsetzung der Absenkung der Kappungsgrenze auf 15 % – noch ein altes Projekt der schwarz-gelben Koalition im Bund – ins Werk gesetzt wurde und inzwischen gilt. Diese Regelung sorgt dafür, dass Mietpreiserhöhungen in vielen Städten in Baden-Württemberg innerhalb von drei Jahren eben nicht mehr 20 %, sondern nur noch 15 % betragen können. Auch dies ist ein guter Schritt. Auch hierfür herzlichen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben aber auch die soziale Mietwohnraumförderung in Baden-Württemberg wieder in Schwung gebracht. Ich denke noch an meine ersten Jahre, in denen ich mich politisch engagiert habe, zurück. Während der Großen Koalition unter Dieter Spöri hatte das Land Baden-Württemberg an dieser Stelle großen Aufschwung genommen, aber was danach passiert ist – in den Jahren 1996 bis 2011 –, war skandalös. Wir waren letztes – auch der Kollege Wald war dabei – bei einer Veranstaltung anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Vereinigung baden-württembergischer kommunaler Wohnungsunternehmen. Es ist skandalös, dass es einzelne Jahre gegeben hat, in denen die soziale Mietwohnraumförderung von der CDU-Regierung sogar auf null gesetzt wurde.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Unglaublich!)

Ich bin froh, dass wir dieses Thema jetzt wieder angegangen sind, dass wir allein für die soziale Mietwohnraumförderung jedes Jahr 50 Millionen € zur Verfügung stellen. Das ist ein hervorragendes Zeichen an die Familien bei uns in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich bin auch froh, dass es gelingt, trotz der schwierigen Situation auf dem Kapitalmarkt – durch die niedrigen Zinsen ist es nicht einfach – diese Förderung auszubringen. Es gab natürlich in den ersten Jahren bestimmte Justierungsfragen, aber auch da bin ich sehr dankbar, dass wir gerade bei der Jubiläumsveranstaltung – 25 Jahre KOWO – ein großes Lob und große Unterstützung für das aktuelle Wohnraumförderungsprogramm für die Jahre 2015/2016 erfahren haben und gehört haben, dass die Mittel abgerufen werden. Dies ist gut so, und wir werden sicherlich auch nachsteuern, wenn die Mittel in diesem oder im nächsten Jahr oder in den kommenden Jahren möglicherweise nicht ausreichen sollten. Auch das ist ein ganz klares Zeichen für mehr bezahlbaren Wohnraum in unserem Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben aber auch andere Dinge auf den Weg gebracht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Grunderwerbsteuererhöhung!)

Wir haben auch in Baden-Württemberg ein massives Abschmelzen der Zahl der Sozialwohnungen, weil die Mietbindungen auslaufen. Auch hier bin ich sehr froh, dass bei dem Programm, welches seit jeher im Landeswohnraumförderungsprogramm enthalten war, aber nie genutzt wurde, nämlich zum Erwerb von Miet- und Belegungsrechten für vorhandene Wohnungen, meine Stadt Karlsruhe vorangeht und dass, wie ich von meiner Kollegin Gabi Rolland erfahren habe, auch Freiburg da vorangeht. Auch in Mannheim wird meines Wissens dieses Programm in Anspruch genommen.

Vor allem bei den Sozialwohnungen, deren Mietbindungen jetzt auslaufen, werden die Bindungen entsprechend verlängert. Das ist auch ein wichtiges Zeichen dafür, dass die Mieten in Baden-Württemberg bezahlbar waren und dass sie nicht unnötig weiter steigen. Auch dies ist hervorragend gelungen oder ist dabei, hervorragend zu gelingen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir sind aber auch in anderen Bereichen innovativ geworden. Ich nenne nur das Thema „Förderung der Wohnungseigentümergeinschaften“. Dort haben wir das Problem, dass diese keine Besicherung von Krediten leisten konnten. Auch hier haben wir als erste Maßnahme umgesetzt, diese Kredite landesseitig zu sichern. Danach haben wir den Zins für energetische Sanierung und barrierefreien Umbau sogar auf 0 % gesenkt. Jetzt gibt es unter bestimmten Bedingungen auch noch einen Zuschuss von 3 %. Wir tun also auch etwas für Sanierung, Erneuerung und Zukunftsfähigkeit von Wohnraum in Baden-Württemberg. Auch das ist ein äußerst gelungenes Element in unserer Wohnraumförderung.

Weiter betreiben wir die Eigentumsförderung im sozialen Wohnungsbau. Diese war gut aufgestellt – auch von der früheren Landesregierung –, und wir haben sie weitergeführt. Aber auch diese ist im Augenblick von ganz großer Bedeutung, weil die Chancen, eigenen Wohnraum zu finanzieren, nie größer waren, als es im Augenblick bei der jetzigen Zinslage der Fall ist. Deswegen müssen wir auch diese historische Chance nutzen, dass Menschen eigenen Wohnraum erwerben können. Auch hier bin ich sehr, sehr dankbar, dass das über unser Programm möglich wird.

In diesem Sinn: Lassen Sie uns daran weiterarbeiten, dass Mieten und Wohnen in Baden-Württemberg bezahlbar bleiben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wald.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Für die CDU-Landtagsfraktion hat die Wohn- und die Lebensqualität der Mitmenschen in unserem Land einen hohen Stellenwert. Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum in entsprechender Qualität – dafür stehen wir ein, und das muss auch über alle Fraktionsgrenzen hinweg ein wichtiges landespolitisches Ziel sein.